

Wirtschaftsmittelschule feierte Jubiläum

LUZERN Die Wirtschaftsmittelschule Luzern (WML) feiert ihr 20-jähriges Bestehen. Über 300 ehemalige Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen trafen sich kürzlich in Luzern, um anzustossen.

Jugendliche, welche die WML besuchen, schliessen mit dem Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis mit Berufsmaturität nach dem Modell «3 plus 1» (drei Jahre Schule plus ein Jahr Praktikum) ab. Die Ausbildung gilt als gute Alternative zur betrieblich organisierten KV-Lehre. Die Absolventinnen und Absolventen können als Kauffrau oder Kaufmann direkt ins Arbeitsleben einsteigen oder dank der Berufsmatura an einer Fachhochschule ein Studium aufnehmen.

1997 wurden die städtische Töchterhandelschule und die Handelsdiplomschule Alpenquai zusammengeführt. Unter dem neuen Namen Wirtschaftsmittelschule Luzern bezog die Schule 1998 das renovierte Schulhaus am Hirschengraben 10 in Luzern. Zusammen mit der Zentralschweizerischen Verkehrsschule (ZVL) und der Diplommittelschule (heutige FMS) begründete die WML das städtische Mittelschulzentrum am Hirschengraben. Einen entscheidenden Beitrag leisteten regionale Gewerbebetriebe, KMU und Grossfirmen mit der Bereitstellung von bis zu 140 Praktikumsplätzen. Diese Verankerung in der Zentralschweizer Wirtschaft macht die WML bis heute zu einem unverzichtbaren Angebot der kaufmännischen Grundbildung. pd

FDP stellt zwei Kandidaten auf

KANTON LUZERN Die FDP-Parteilung möchte mit einer Zweierkandidatur in die Regierungsratswahlen, die im kommenden Frühling stattfinden, steigen. Ein entsprechender Antrag wurde zuhanden der Delegiertenversammlung verabschiedet. Mit einer Zweierkandidatur unterstreiche die Partei ihre Ambition, zweitstärkste Partei im Kanton zu werden und ermögliche eine breitere Erneuerung im Regierungsrat, heisst es in einer Mitteilung. Welche beiden Kandidierenden sich dem Wahlkampf stellen werden, entscheiden die Delegierten an der Nominationsversammlung vom 28. Juni in der Festhalle Sempach. pd

Breites Angebot macht «gluschtig»

RUSWIL In Ruswil fand am Sonntag das 91. Jahresbott der Luzerner Trachtenvereinigung statt. Anwesend waren Trachtenleute aus dem ganzen Kanton.

Zum Jahresbott der Luzerner Trachtenvereinigung gehört jeweils vorgängig ein Gottesdienst. Und so zog am vergangenen Sonntag, angeführt von mehreren Fahndelegationen, die grosse Trachtenfamilie in die Pfarrkirche Ruswil ein. Der Gottesdienst wurde vom Trachtenchor und der Trachtenmusik Ruswil sowie dem Co-Präsidium der Luzerner Trachtenvereinigung feierlich mitgestaltet.

Im Anschluss begrüsst Anna Erni, Co-Präsidentin der Trachtengruppe Ruswil, im Pfarreiheim 126 Delegierte von 46 Vereinen, einige Gäste sowie das Co-Präsidium Beatrice Frick (Trachtengruppe Wollhusen) und Cäcilia von Niederhäusern-Bucher (Trachtengruppe Gunzwil).

Erstes Bott geleitet

Sie habe schon ein wenig Herzklopfen



Die kantonale Tanzleiterin Rita Müller wurde für zehn Jahre Vorstandsarbeit geehrt: (v.l.) Christian Meier, ehemaliger kantonaler Tanzleiter, Thomas Bucher, Schwyzerörgeliführer Rast-Wiss, Thomas Bachmann, kantonaler Tanzleiter. Foto H

gehabt beim Einläuten des geschäftlichen Teils, sagte Cäcilia von Niederhäusern-Bucher. Verständlich, denn sie wurde im vergangenen Jahr als Nachfolgerin von Hans Erni (Trachtengruppe Ruswil) gewählt und leitete somit ihr erstes Bott, zusammen mit der langjährigen Co-Präsidentin Beatrice Frick.

Frisch in den Vorstand als Beisitzer gewählt wurde Armin Küng, Tanzleiter der Trachtengruppe Malters.

Spannend war des Traktandum Veranstaltungen. Unglaublich, was in der Luzerner Trachtenvereinigung alles läuft, um nur zwei Leckerbissen herauszupicken: Gemeinsames Tanzen in

der Stadt Luzern im Rahmen von «Luzern tanzt» am kommenden Samstag von 14 bis 16 Uhr, jeweils eine Stunde auf dem Jesuitenplatz und am Weinmarkt. Ein grosses Fest ist unter der Leitung der kantonalen Leiterin Kinder und Jugend, Christa Kretz Burch (Trachtengruppe Pfaffnau/Roggliswil), in Arbeit: Das 3. Lozärner Chendertrachtiefäscht wird am 8. September in Escholzmatt stattfinden. Zudem orientierte Franz Emmenegger (Trachtengruppe Ruswil) von der Arbeitsgruppe Kinder und Jugend über das breite Angebot für den Nachwuchs.

Ehrungen als Höhepunkt

Ein Höhepunkt am Bott sind jeweils die Ehrungen. Zehn Mitglieder, die seit 50 oder 60 Jahren in einer Trachtengruppe sind, wurden auf die Bühne gebeten und mit anerkennenden Worten für ihre langjährige Treue gewürdigt. Dies sind aus dem Lesergebiet des «Seetaler Bote»: Lydia Rüttimann, Trachtengruppe Ballwil (50 Jahre), und Rösl Widmer, Trachtengruppe Hochdorf (60 Jahre). Rita Leisibach

Mehr Infos: www.trachtenvereinigung-luzern.ch



Luzerner Delegation zu Gast im Vatikan

VATIKAN/KANTON LUZERN Der Kanton Luzern war am diesjährigen «Sacco di Roma» zu Gast. Eine Delegation mit der Kantonsratspräsidentin, dem Regierungsrat, dem Kantonsgerichtspräsidenten, Vertreterinnen und Vertretern der drei Landeskirchen sowie weiteren Gästen – insgesamt 500 Luzernerinnen und Luzerner – nahmen am Sonntagabend an der Vereidigung der 32 Gardisten teil. Fünf Gardisten haben ihren Heimatort im Kanton Luzern. Am Sonntagmorgen, nach dem Gottesdienst, empfing Papst Franziskus die Luzerner Delegation zu einer Privataudienz (Bild rechts: Papst Franziskus begrüsst Regierungsprä-



sident Guido Graf). Bereits am Samstag gedachte die Luzerner Delegation mit der Kranzniederlegung auf dem Platz vor der Gardekappele der gefallenen Gardisten, die im Jahr 1527 dem «Sacco di Roma», der Eroberung und Plünderung Roms, zum Opfer fielen. Jedes Jahr am 6. Mai wird bei der Vereidigung der neuen Gardisten an dieses Ereignis erinnert. Dabei ist jeweils ein Gastkanton zugegen. Auf Einladung des Gardekommandanten Oberst Christoph Graf aus Pfaffnau nahm dieses Jahr der Kanton Luzern am Anlass teil. Bereits 2012 wurde dem Kanton Luzern diese Ehre zuteil. pd

BRIEF

aus dem Ständerat



Damian Müller
FDP, Hitzkirch

«Früher haben Politiker noch Verantwortung getragen. Heute tragen sie Anzüge von Boss und Armani». Dieser Spruch zeigt ziemlich drastisch, wie belastet das Vertrauensverhältnis

Mut zur Verantwortung

zwischen der Politik und der Bevölkerung heute ist. Wenn das Vertrauen in die Politik fehlt, nimmt auch das Interesse ab, aktiv daran teilzunehmen. Wenn es uns nicht gelingt, diesen Trend zu ändern, verheisst das nichts Gutes für die Zukunft unserer direkten Demokratie. Denn sie lebt nur durch die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger. Nur, wenn wir das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen, können wir diesen Trend

aufhalten. Die Politik legt heute die Grundlagen, damit wir die Herausforderungen von morgen bewältigen können und davon gibt es viele: Die Zuwanderung, die Veränderungen in der Arbeitswelt, die Sicherung eines würdigen Alters, die Finanzierung des Gesundheitswesens sowie der Erhalt einer intakten Natur sind nur einige Beispiele. Um Lösungen für diese Herausforderungen zu finden, stützen wir Politiker uns einerseits auf unsere Erfahrungen. Andererseits dienen uns Expertisen und wissenschaftliche Berichte als willkommene Entscheidungshilfen.

Je komplizierter und komplexer die Themen sind, umso wichtiger ist das Vertrauen. Wir Politiker müssen einerseits den Experten vertrauen, andererseits brauchen wir das Vertrauen unserer Bürgerinnen und Bürger. Dieses Vertrauen ist heute leider nicht mehr unumstritten, im Gegenteil. Es ist zu einer eigentlichen Kampfzone im Alltag der politischen Auseinandersetzung geworden. Mit der verheerenden Folge, dass das Vertrauen noch mehr sinkt. Besonders deutlich zeigt sich das im Moment in der Aussenpolitik. Sie erinnern sich: Anfang März hat Aussenminister Cassis die bundesrät-

liche Vorstellung präsentiert, wie die Landesregierung das angespannte Verhältnis zur Europäischen Union wieder auf eine solidere Basis stellen will. Dieser Plan wurde von den meisten Parteien recht positiv aufgenommen. Zwei Bemerkungen dazu fielen aber regelrecht aus dem Rahmen und lassen aufhorchen. Mit dem Satz «Was wäre, wenn wir vor 75 Jahre einen solch biegsamen Bundesrat gehabt hätten?» wurde unsere Landesregierung bewusst in eine nazifreundliche Ecke gestellt. Zudem fiel das Wort «Gauernersyndikat», welches auf den Bundesrat, die Parlamentarier und die Bundesrichter gemünzt war.

Politische Worte sind auch politische Taten

Nun könnte man sagen, das sind nur Worte, nichts als Worte. Aber so einfach ist es eben nicht. Politische Worte sind auch politische Taten, denn sie werden mit einer ganz klaren Absicht eingesetzt. Mit der Absicht nämlich, Andersdenkende zu verletzen, zu verunglimpfen und damit ungläubwürdig zu machen: Es geht darum, das Vertrauen in den politischen Gegner zu zerstören. Und ist das Vertrauen einmal angeschlagen oder gar zerstört, ist es auch die Handlungsfähigkeit

dieser Politiker. Denn wie gesagt, Vertrauen ist das Grundkapital der Politik.

Glücklicherweise hat dieser Politstil den Ständerat noch nicht erreicht. Zwar wird auch hier mit harten Bandagen um Lösungen gekämpft, aber immer mit Stil. Hier geht es nicht darum, den politischen Gegner zu verletzen und ihn so kampfunfähig zu machen. Hier geht es darum, sachlich begründete gute Lösungen zu finden. So kommen meist recht respektable Mehrheiten zusammen, oft nicht einmal entlang der Parteiliniolen. Dies konnte man während zahlreichen Debatten in der letzten Session deutlich beobachten und so wird es aller Voraussicht nach auch in der kommenden Session sein, wenn einige harte Brocken auf der Traktandenliste stehen. Beispielsweise, wenn es darum geht, die Unternehmenssteuern neu zu definieren. Ein erster Versuch erlebte im letzten Jahr bekanntlich ein regelrechtes Debakel, wohl nicht zuletzt deshalb, weil das Vertrauen in die Argumente der Politik und der Wirtschaft fehlte. Nun hat der Bundesrat bekanntlich seine neuen Vorstellungen präsentiert. Was mich betrifft, sehe ich noch einiges an Verbesserungspotenzial. Es kann und darf meiner Meinung nach

nicht sein, dass wir die Steuervorlage mit Kinderzulagen verzuckern, um sie für die Linken annehmbar zu machen. Wir müssen den Mut haben, eine wirkliche Steuervorlage auszuarbeiten und dann auch die Verantwortung dafür übernehmen.

Für das Geldspielgesetz

Zum Schluss nochmal zurück zum Vertrauen und zur Verantwortung. Wie Sie sicher wissen, haben die Delegierten meiner Partei die Nein-Parole zum Geldspielgesetz beschlossen, über das wir im Juni abstimmen. Dennoch erlaube ich mir, für die Annahme dieses Gesetzes zu werben. Nicht nur, weil ich im Ständerat wesentlich an seiner Ausgestaltung mitgearbeitet habe, sondern weil es mir am Herzen liegt, dass all die Vereine und Organisationen, die sich um sportliche, kulturelle und soziale Projekte kümmern, auch weiterhin mit den Erträgen aus dem Geldspiel entschädigt werden können. Allein in unserem Kanton sind es jährlich über 1800 solche Projekte. Weil ich diese Unterstützung für wichtig halte, übernehme ich die Verantwortung, eine andere Meinung zu vertreten als die meiner Partei. Weil mir das Vertrauen all jener Menschen, die sich tagtäglich für die Gesellschaft einsetzen, wichtig ist.